

Entscheidet der Staat, was uns aufgetischt wird?

Gehts nach dem Bund, sollen Ernährung und Landwirtschaft klimafreundlicher werden. Mehr Gemüse, weniger Fleisch. Was macht das mit uns, wenn der Staat das Menü diktiert?

Text: Adrian Meyer

Katholiken fasten vor Ostern, Hindus essen keine Rinder, Juden und Moslems keine Schweine, viele Buddhisten verzichten auf Fleisch, da Tieretöten zu schlechtem Karma führen soll. Ernährung ist auch eine Frage des Glaubens. Wer sich an Speisevorschriften hält, legt ein Glaubensbekenntnis ab – als Akt der Unterwerfung vor der Allmacht Gottes.

«Eine Speisevorschrift ist der ultimative Ausdruck von Macht», sagt der Sozialpsychologe Robert Tobias. An der Universität Zürich forscht er seit mehr als zwei Jahrzehnten zum Thema Verhaltensänderungen. Wer andere dazu zwingen kann, ihre Ernährung umzustellen, bestimmt über eine der intimsten menschlichen Handlungen. Denn Essen dient nicht nur der Ernährung, sondern auch der Emotionskontrolle: «Essen hilft uns, positive Gefühle zu erleben, uns zu trösten und zu belohnen», sagt Tobias. «Wer schlecht isst, hat oft auch schlechte Laune.»

Essen ist emotional

Für einige sind Süßigkeiten das ultimative Genussmittel; anderen beschert das Schnitzel Glücksgefühle. «Haben diese Menschen nur schon das Gefühl, ihnen wird diese Möglichkeit, glücklich zu sein, weggenommen, reagieren sie mit Angst und Wut», sagt Tobias. «Es ist daher sehr schwierig, emotionale Verhaltensweisen wie Essensgewohnheiten zu verändern.»

Kennt man die psychologischen Effekte des Essens, lässt sich erahnen, welch

heftige Debatte der Schweiz bevorstehen wird. Denn der Bund will unsere Ernährung und Landwirtschaft bis 2050 möglichst klimaneutral umbauen. Das zeigt die «Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050», welche die Bundesverwaltung soeben vorgestellt hat. Darin sind 50 konkrete Massnahmen aufgelistet, mit denen der Bund den Treibhausgasausstoss der Ernährung massiv sen-

ken will. «Die Bevölkerung ernährt sich gesund, ausgewogen, umwelt- und ressourcenschonend», steht da nüchtern. Das Ziel soll ohne Zwang oder Verbote erreicht werden.

- Der Fussabdruck der Ernährung pro Kopf soll um zwei Drittel gegenüber 2020 gesenkt werden.
- Die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft im Inland sollen um 40 Prozent gegenüber 1990 sinken.
- Der Selbstversorgungsgrad soll mindestens 50 Prozent betragen. Das heisst: Weniger Futtermittel für Tiere, aber mehr Lebensmittel anbauen.

Mehr Gemüse, weniger Fleisch

Die Schweizer Landwirtschaft trägt rund 16 Prozent zu den Klimagasemissionen bei. Vor allem die Massentierhaltung setzt grosse Mengen an Lachgas, Methan und Kohlendioxid frei. Unser Essverhalten trägt nochmals einen Grossteil zur Klimabelastung bei. Geht es nach den Plänen des Bundes, wird unser Menüplan künftig an der Lebensmittelpyramide der Schwei-

«Wer schlecht isst, hat oft auch schlechte Laune»

Robert Tobias, Sozialpsychologe Uni Zürich

zerischen Gesellschaft für Ernährung ausgerichtet: «Im Vergleich zu den heutigen Gewohnheiten zeichnet sich eine solche Ernährung durch einen höheren Anteil von pflanzlichen Produkten und einen reduzierten Konsum von Fleisch aus», heisst es in der Klimastrategie.

Ansetzen will der Bund zunächst bei Zöllen und den Direktzahlungen. Umweltfreundliche Lebensmittel sollen bevorzugt, klimaschädliche hingegen verteuert werden. Zudem sollen Subventionen stärker in den Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln und weniger in die Tierhaltung fliessen.

«Auf struktureller Ebene anzusetzen, also bei der Landwirtschaft, kann ein effektiver Weg sein, um individuelle Verhaltensweisen zu verändern», sagt Sozialpsychologe Tobias. Kritischer sei es, wenn Kantinen oder Mensen nur noch Vegi-

Gerichte anbieten. Hier wäre mit mehr Gegenwehr zu rechnen. «Dennoch dürften wohl viele bereits bei angepassten Subventionen einen Versuch sehen, ihnen das Fleisch zu verbieten.»

Ob finanzielle Anreize helfen, dass weniger umweltschädliche Lebensmittel gekauft werden, sieht Tobias hingegen kritisch. «Menschen reagieren auf preisliche Anreize teils paradox und unökonomisch.» Das würden Studien immer wieder zeigen.

So kaufen Menschen, denen ein Produkt wichtig ist, nicht automatisch weniger davon, sobald es teurer wird. Sie sparen eher an anderer Stelle. Teureres Fleisch könnte also dazu führen, dass weniger Früchte konsumiert werden. Zudem greifen Konsumierende nicht automatisch zu mehr Gemüse, nur weil Fleisch teuer ist, da sie die Lebensmittel als zwei unterschiedliche Kategorien sehen. «Das macht es sehr kompliziert, Essensgewohnheiten nur über den Preis zu ändern.»

Falscher Fokus?

Fürs Klima allein auf den Fleischkonsum zu fokussieren, hält Tobias für kontraproduktiv. Das erzeuge bei jenen, die gern Fleisch essen, starke Gegenwehr. «Wenn sie in ihren Wertvorstellungen angegriffen werden, gehen sie in den Widerstand.» Es sei daher sinnvoller, eine Vielzahl an Möglichkeiten anzubieten, sich klimafreundlicher zu verhalten, damit sie sich frei entscheiden können. Dem Klima sei womöglich mit Veränderungen, welche leicht fallen, mehr gedient, als so viel in Fleischverzicht zu investieren, der sich kaum umsetzen lasse.

Bleibt die Frage, wie viel Druck der Bund einsetzen will, um unsere Ernährung zu verändern. «Die Frage ist nicht, ob er das darf», sagt Tobias. Die Frage sei vielmehr: «Wollen wir dem Staat die Macht geben, unsere Ernährung zu beeinflussen – und in welcher Form?» Glücklicherweise sei das System der direkten Demokratie dafür ausgelegt, solche Fragen gesellschaftlich auszuhandeln. So entscheiden letztlich die Bürgerinnen und Bürger, wie viele Regeln und Verbote sie für den Klimaschutz bereit sind, zu akzeptieren. ■



Foto: Getty Images